

Wir veröffentlichen autorisierte Niederschriften der Reden, die Rechtsanwalt Otto Jäckel und Karl-Heinz Peil vom Bundesausschuss Friedensratschlag auf Kundgebungen der Kampagne Stopp Ramstein am 11.06.16 in Kaiserslautern und Ramstein-Miesenbach gehalten haben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 075/16 – 14.06.16**

Zur rechtlichen Problematik des US-Drohnenkrieges **Rechtsanwalt Otto Jäckel auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof Kaiserslautern**

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

alles läuft über Ramstein! Das ist die Erkenntnis, die uns der ehemalige US-amerikanische Drohnenpilot Brandon Bryant vermittelt hat. Ohne ihn, ohne sein Whistleblowing, wüssten wir kaum etwas darüber, welche Rolle das Air and Space Operations Centre und die Satelliten Relais Station mit 12 Satellitenantennen und über 650 Mitarbeitern sowie das Distributed Common Ground System 4 (DGS-4) zur Auswertung von Drohnenbildern auf der Air Base Ramstein im Drohnenkrieg spielen. Deshalb haben wir – IALANA Deutschland und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – Brandon Bryant zu Recht im vergangenen Jahr den Whistleblowerpreis verliehen.

Als nur eines von vielen Details wissen wir von ihm auch, dass die von der US-Air Force und der CIA eingesetzten Drohnen Reaper (auf Deutsch Sensenmann) der Fa. General Atomics über ein Gilgamesh Ortungssystem für die Funksignale von Mobiltelefonen verfügen. Das Gilgamesh System wird dazu benutzt, um die von den Drohnen abgeschossenen Hellfire Raketen ins Ziel zu steuern. Pech, wenn die Zielperson das Handy kurz zuvor an ein Familienmitglied oder jemand anderen zur Benutzung weitergegeben hat.

Wenn wir dieses Detail kennen, dann muss uns doch sehr wundern, wenn der ehemalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Fromm vorgestern vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages erklärt, er habe bis zum Ende seiner Dienstzeit 2012 nicht gewusst, dass die Ortung von Telefondaten bei Drohnenangriffen eine Rolle spielt. Allerdings, so Fromm, habe er bei den US Behörden auch nicht nachgefragt, wofür sie die ihnen vom Verfassungsschutz übermittelten Telefondaten denn verwenden wollen. So kam es halt, dass inzwischen auch fünf oder sechs deutsche Staatsangehörige Drohnenangriffen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zum Opfer gefallen sind. Und wenn der aktuelle Verfassungsschutzpräsident Maaßen den Abgeordneten vorgestern erklärt, es sei eine Unterstellung, dass der Verfassungsschutz an diesen Morden mitgewirkt hat, dann sage ich, der Mann sollte heute noch entlassen werden. Wir brauchen keine Geheimdienstchefs, die mit fremden Diensten gegen die eigenen Staatsbürger konspirieren und anschließend die Aufklärung dieser Konspiration abblocken.

Liebe Freunde, Folgendes steht fest: Völkerrechtlich erlaubt ist der Einsatz von bewaffneten Drohnen ausschließlich im Einsatz gegen klar als solche erkennbare bewaffnete Kombattanten einer an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Partei. Allerdings ist nach Art. 57 des 1. Zusatzprotokolls zu den Rotkreuzabkommen bei jedem Angriff in einem Krieg zu beachten, dass die Zivilbevölkerung, Zivilpersonen und zivile Objekte verschont bleiben.

Nach Absatz 2 der Regelung ist von jedem Angriff Abstand zu nehmen, bei dem damit zu rechnen ist, dass er auch Verluste unter der Zivilbevölkerung und die Verwundung von Zi-

vilpersonen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.

Gegen diese Regelung, die einfach, klar und für jeden verständlich ist, wird im Drohnenkrieg der USA strukturell und permanent verstoßen.

Allein in dem Zeitraum von 2009 bis 2015 wurden bei Drohnenangriffen in Pakistan, Jemen und Somalia über 4500 Menschen getötet. Dabei kommen nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Reprieve auf jede getötete Zielperson durchschnittlich 28 Unbekannte, die getötet werden. (Weitere Informationen dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08314_070514.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20114_191214.pdf .)

Bei sogenannten „Signature Strikes“ werden Menschen allein aufgrund ihrer Verhaltensmuster als Zielpersonen ausgewählt. Dabei ist gar nicht bekannt, wen man da tötet. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP16513_011113.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20115_301015.pdf)

In jedem Fall haben wir es bei jedem Drohneneinsatz, der sich nicht ausschließlich gegen Kombattanten richtet, mit extralegalen Hinrichtungen zu tun, mit der Vollstreckung der in Deutschland verbotenen Todesstrafe ohne Anklage, ohne Verteidigung und ohne gerichtliches Urteil.

Das ist nichts anderes als Lynchjustiz, liebe Freunde.

Jeder Drohneneinsatz außerhalb eines Kriegsgebiets, also z. B. in Pakistan, Jemen oder Somalia, stellt darüber hinaus einen Verstoß gegen das Gewaltverbot nach Art. 2 Nr.4 der Charta der Vereinten Nationen dar und ist damit eine völkerrechtswidrige Aggression.

Nach Art. 3 f) der Aggressionsdefinition in der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14.12.1974 stellt es auch eine Aggression im Sinne der Charta der Vereinten Nationen dar, wenn ein Staat einem anderen Staat erlaubt, von seinem Staatsgebiet aus eine Aggression gegen einen dritten Staat zu führen. Genau damit, liebe Freunde haben wir es hier in Ramstein zu tun.

Solange die Bundesregierung die USA gewähren lässt, von deutschem Boden, von Ramstein aus, völkerrechtswidrige Aggressionshandlungen zu begehen, ist sie selbst dabei Mittäter.

Mein Kollege Peter Becker und ich haben daher für den Friedensaktivisten und Herausgeber der LUFTPOST, in der Ihr im Internet alle relevanten Informationen über die Air Base Ramstein finden könnt, für den Kaiserslauterer Wolfgang Jung in drei Instanzen vor dem Verwaltungsgericht Köln, dem Oberverwaltungsgericht Münster und dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig ein Verfahren gegen die Bundesregierung geführt.

Unser Klageantrag lautete: Die Beklagte wird verurteilt, die Benutzung des Air and Space Operations Centre und der SATCOM-Relaisstation auf der Air Base Ramstein für die Steuerung bewaffneter Drohneneinsätze durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten oder ihrer Geheimdienste zu überwachen und vor jedem dieser Einsätze durch eigenes Personal sicherzustellen, dass der Waffeneinsatz sich ausschließlich gegen Kombattanten richtet und die Tötung und Verletzung einer unverhältnismäßigen Zahl von Zivilisten ausgeschlossen ist.

Wir haben also nur genau das eingeklagt, was durch das von mir eben zitierte humanitäre Völkerrecht sowieso geboten ist.

In einem weiteren Antrag haben wir verlangt, dass den USA und ihren Dienststellen die weitere Nutzung der Air Base Ramstein für die Steuerung von Drohneneinsätzen untersagt wird, falls sie sich weigern, sich der gebotenen Kontrolle durch deutsche Behörden zu unterziehen. Also Stopp mit dem Drohnenkrieg in Ramstein!

Die Verwaltungsgerichte haben unsere Klage in allen drei Instanzen abgewiesen.

Zu Recht hat die Süddeutsche Zeitung am 6. April 2016 in ihrem Bericht über die mündliche Verhandlung geschrieben:

„Die Richter halten sich raus. Berlin muss nicht gegen Drohneneinsätze der USA vorgehen.“

Die Richter meinten, Wolfgang Jung sei – obwohl Nachbar der Air Base – gar nicht klagebefugt, und im Übrigen sei es der Bundesregierung selbst überlassen, ob sie überhaupt und wenn ja, wie sie in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vorgehe.

Die Vorstellung, dass ein Bürger dazu berechtigt sein könnte, völkerrechtswidriges Verhalten der Regierung zu rügen, war dem Gericht völlig fremd, obwohl genau dies so in Art. 25 Satz 2 GG vorgesehen ist, einer Vorschrift, die sich bisher ungenutzt in einem Dornröschenschlaf befunden hat und die wir gegen das politische Vorverständnis der Richter offenbar nicht im ersten Anlauf aufwecken konnten.

Die weithin unbekannte und unbeachtete Regelung lautet: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und“ – jetzt kommt das schlafende Dornröschen – „erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebiets“.

Liebe Freunde, was müssen wir tun, damit sich das politische Verständnis in unserem Land und damit auch das politische Vorverständnis von Richtern ändert – damit sie mit solchen Entscheidungen, wie sie sie bisher getroffen haben, auch in ihrem persönlichen Umfeld, in ihrer Familie, in ihrem Bekanntenkreis und unter Kollegen auf Unverständnis stoßen und ihre Haltung ändern?

Bertold Brecht hat in seinen Flüchtlingsgesprächen hierzu ein schönes Bild gebraucht über das Verschwinden der Dinosaurier, das ich hier kurz aus einem Dialog zwischen zwei Flüchtlingen zitieren will:

„Die Wissenschaft nimmt übrigens heute an, das der Übergang eines Zeitalters in ein anderes ruckartig, Sie können auch schlagartig sagen, stattfindet. Lange Zeit hindurch gibt es winzige Veränderungen, Unstimmigkeiten und Verunstaltungen, welche den Umschlag vorbereiten. Aber der Umschlag selber tritt mit dramatischer Plötzlichkeit ein. Die Saurier bewegen sich sozusagen noch eine geraume Zeit in der besten Gesellschaft, wenn sie auch schon etwas ins Hintertreffen geraten sind. Es steht niemand mehr hinter ihnen, aber sie werden noch begrüßt. Und dann kommt plötzlich der totale Umschwung.“

Liebe Freunde, die Dinosaurier, das sind heute die Drohnenhersteller General Atomics, das sind die Banken, die das Geschäft von Firmen wie General Atomics finanzieren, das sind vor allem die Politiker und Militärs, die die Drohnen in Auftrag geben und zum Einsatz bringen und das sind nicht zuletzt auch Richter, die sich aus der Außen- und Sicherheits-

politik der Regierung auch dann heraushalten, wenn diese erkennbar völkerrechtswidrig ist.

Liebe Freunde, lasst uns die kritische Masse für einen Umschwung schaffen gegen die Drohnenkrieger und ihre Mittäter in unserem Land – in dem wir aufstehen, uns in Bewegung setzen und heute viele und morgen immer mehr werden!

Mein letztes Wort ist ein Vers aus einem Lied von Annett Louisan, das sie vor kurzem auch gemeinsam mit Samy Deluxe gesungen hat:

„Stell Dir vor, dass unten oben wär!
Liebe Freunde, stellt Euch vor, unten wär oben!

Vielen Dank
Otto Jäckel

(Die Links in Klammern haben wir hinzugefügt.)

Air Base Ramstein, das "Tor zur Hölle"

Redigierte Fassung der Rede von Karl-Heinz Peil – Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. in Frankfurt a.M. und Mitglied des Bundesausschusses Friedensratschlag – bei der Auftaktkundgebung zur Menschenkette am 11.6.2016 in Ramstein-Miesenbach

Liebe Friedensbewegte,

wir protestieren hier vor Ort gegen eine Einrichtung, die als Satelliten-Relaisstation bezeichnet wird. Diese technische Umschreibung klingt recht harmlos. Ich möchte deshalb einen zweckmäßigeren Beinamen vorschlagen.

Doch zunächst möchte ich auf die Vorgeschichte dieses mittlerweile größten und wohl wichtigsten Militärstützpunktes der USA hinweisen, der seine heutige Größe erst durch die Zusammenlegung mehrerer anderer US-Standorte auf deutschem Boden erreicht hat. Wichtigster US-Stützpunkt war fast 50 Jahre lang bis zu seiner Schließung Ende 2005 die Rhein-Main Air Base, gekoppelt an den Frankfurter Flughafen.

Über dem Eingangstor stand als Beiname „Gateway to Europe“. Damit wurde umschrieben, welche ursprüngliche Rolle die Rhein-Main-Air-Base fast 40 Jahre lang innehatte: Im wesentlichen eine Durchgangsstation zu den in Europa verlaufenden Frontlinien im Kalten Krieg zwischen Ost und West.

1991 habe ich an einer symbolischen Sitzblockade von Friedensinitiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet direkt vor dem Eingangstor der Rhein-Main Air Base teilgenommen. Wir waren damals nur Hunderte. Damit konnten wir natürlich keinen Sand ins Getriebe der damals auf Hochtouren laufenden Militärmaschinerie werfen, mit der etwa 150.000 US-Soldaten über den militärisch genutzten Teil des Frankfurter Flughafens zum Kriegsschauplatz Irak geschleust wurden, der mit einem Gesamt-Aufgebot von 575.000 US-Soldaten in dieser Region erfolgte. Damit war das „Gateway to Europe“ damals bereits als Charakterisierung dieses US-Militärstützpunktes überholt. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde aus der in Europa offiziell für die als Abschreckung deklarierte US-Militärmaschinerie nun ausschließlich eine solche für weltweit sich entwickelnde reale Kriegseinsätze. Insgesamt passierten etwas 9 Millionen Soldaten dieses „Gateway to Europe“ in den Jahren zwischen 1945 und 1995.

Heute ist die Rhein-Main Air-Base Geschichte. Von dem „Gateway to Europe“ ist nur noch der Name „Gateway Gardens“ als frühere US-Wohnsiedlung und heutige Konversionsfläche geblieben. Der größte Teil der früheren Einrichtungen wurde nach Ramstein verlegt.

Aus der Hölle früherer Kriegseinsätze der US-Armee in Irak und Afghanistan sind hunderte-tausende US-Soldaten traumatisiert zurück gekehrt. Deshalb sind offene Kriegseinsätze der USA in der dortigen Bevölkerung nicht mehr vermittelbar und mit ein Grund dafür, weshalb diese immer mehr auf den verdeckten, hinterhältigen Einsatz von Kampfdrohnen verlagert werden.

Doch nun zurück zu meiner eingangs gestellten Frage und bleiben wir bei dem Begriff Gateway. Dieser Begriff ist heutzutage geläufig als Bezeichnung für eine technische Zwischenstationen in der weltweit vernetzten Datenkommunikation. Und genau eine solche Rolle übernimmt der US-Stützpunkt hier in Ramstein beim Einsatz von Kampfdrohnen.

Große Teile der Bevölkerung in den Einsatzregionen von Kampfdrohnen sind heute traumatisiert durch die ständige Drohnen-Beobachtung aus der Luft und der permanenten Gefahr, von einer Bombenattacke wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen zu werden. Allein in den Jahren 2001 bis 2013 wurden bei etwa 2000 Einsätzen mindestens 15.000 Menschen hingerichtet. Dieses ist Terrorismus in schlimmster Form und macht das Leben in diesen Regionen zur Hölle.

Deshalb lasst uns diesem US-Stützpunkt einen neuen Beinamen geben: „Gateway to Hell“. Lasst uns deshalb fordern: Diesem elektronischen Gateway muss man den Netzstecker ziehen. Weg mit diesem „Gateway to Hell“! Stopp Ramstein!

(Anmerkung: Der Autobahn-Rastplatz bei dem Ort Kindsbach südlich der US Air Base Ramstein heißt tatsächlich "Höllensplacken".

Wir möchten unsere Leser auch auf die in der Versöhnungskirche in Kaiserslautern gehaltenen, unter <https://kenfm.de/albrecht-muellers-warnung-kriegsgefahr/> und <https://kenfm.de/wimmer-ramstein-10-6/> aufzurufenden Reden Albrecht Müllers und Willy Wimmers sowie auf die bei der Kundgebung vor dem Hauptbahnhof Kaiserslautern gehalten Rede Oskar Lafontaines aufmerksam machen, die unter <https://kenfm.de/stopp-ramstein-rede-oskar-lafontaine-kaiserslautern/> aufzurufen ist. Unter <https://kenfm.de/protestwochende-gegen-us-air-base-ramstein-11-6-2016/> kommen Teilnehmer an der Menschenkette zu Wort.)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern